

Memorandum

“The dominant economic model is destabilizing societies. And the planet.

It is time for change.” <https://www.earth4all.life/>

It is time for a basic income, too!

März 2024

Grundeinkommen als notwendiger Bestandteil einer sozialökologischen Transformation und Baustein für Klimagerechtigkeit

Die globale Erwärmung und die anhaltende Ausbeutung und Zerstörung der Natur sind verursacht durch die herrschende Produktions- und Lebensweise. Sie missachtet die Natur in ihrem Eigenwert, benutzt sie als bloße Ressource. Diese Produktions- und Lebensweise zerstört aber auch die Lebensgrundlagen der Menschheit und beeinträchtigt die Lebensqualität vieler Menschen, derzeitiger und kommender Generationen. Für das Überleben der Menschheit ist daher eine grundlegende gesellschaftliche Transformation der Produktions- und Lebensweise nötig.

Nicht nur unser Heimatplanet wird destabilisiert, sondern auch Gesellschaften, Regionen und Länder. Es herrschen global sozial und ökologisch ungerechte Verhältnisse, die vielen Menschen das Leben in einer intakten Umwelt und ihren gerechten und angemessenen Anteil am globalen gesellschaftlichen und natürlichen Reichtum verwehren und verwehren, auch unseren Kindern und Kindeskindern. Betroffen sind insbesondere diejenigen, die in der Vergangenheit benachteiligt waren und jetzt benachteiligt sind, und ohne einen wirklichen Kurswechsel noch mehr durch die ökologischen Folgen und den Klimawandel betroffen sein werden – die Länder des globalen Südens und die ärmeren Menschen, die fast nichts zum Klimawandel beigetragen haben.

Überlebensnotwendige gesellschaftliche Transformation als sozialökologische Transformation

Eine überlebensnotwendige gesellschaftliche Transformation, die in eine sozial und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise münden soll, muss aus genannten Gründen zu einer sozial und ökologisch gerechten Welt und Gesellschaft führen. Ebenso verlangt die Klimagerechtigkeit, dass das Ausmaß des Klimawandels für alle gleich minimiert wird und die Folgen des Klimawandels von den Verursachern zu tragen sind. Auch von daher ist die Gestaltung einer sozial und ökologisch gerechten Welt und Gesellschaft ein kategorischer Imperativ einer sozialökologischen Transformation: Soziale Gerechtigkeit und ökologische Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille, die gleichzeitig verwirklicht werden müssen.

Grundlegender Wertewandel nötig

Eine Ursache der ökologisch desaströsen Produktion und darauf basierender Konsumtion ist eine fatale, letztlich profit- und renditeorientierte Wachstumsideologie: Mit einem Mehr an Vernutzung von Naturressourcen und an Zerstörung von Natur sollten und sollen Armut und soziale Ungleichheiten überwunden werden, so die Erzählung der herrschenden Politik. Der Raubbau an der Natur und deren Zerstörung gingen und gehen aber einher mit der ökonomischen Ausbeutung von Menschen, der ökonomischen Ausbeutung ärmerer Länder durch unzulässige Machtausübung durch reichere Länder, durch Konzerne und Aktionäre.

Eine sozialökologische Transformation muss sich sowohl an den Bedürfnissen aller Menschen als auch an grundlegenden ökologischen Erfordernissen ausrichten – und den Klimawandel sofort stoppen. Sorge um den Menschen und Sorge um die Natur gehören zusammen. Das sind zukunftsfähige Werte, nicht die Anhäufung von überflüssigen Waren, um das herrschende Produktions- und Konsumtionssystem aufrechtzuerhalten.

Grundeinkommen als notwendiger Bestandteil einer sozialökologischen Transformation und Baustein für Klimagerechtigkeit

Eine sozialökologische Transformation muss – und da stimmen wir vollkommen mit den Wissenschaftler*innen und Expert*innen des jüngsten Berichts an den Club of Rome

überein – allen Menschen, auch zukünftigen Generationen das Leben in einer intakten Umwelt ermöglichen und ihnen gleichzeitig einen sozial gerechten Anteil am Reichtum der Gesellschaft und der Natur gewähren. Sie muss schon von daher eine demokratisch und eine nachhaltig gestaltete Transformation sein.

Diese Perspektive mündet in der Frage, wie allen Menschen ein gerechter, angemessener Anteil am gesellschaftlichen und natürlichen Reichtum gewährt werden kann. Wir sind – ebenfalls übereinstimmend mit den Wissenschaftler*innen und Expert*innen des jüngsten Berichts an den Club of Rome – der Auffassung, dass ein Grundeinkommen für alle Menschen *eine* Form dieser Zuerkennung ist. Sie muss notwendigerweise mit einer radikalen Rückverteilung von Einkommen und Vermögen von den oberen zu den unteren und mittleren Gesellschaftsschichten einhergehen. Oder wie es die 238 Wissenschaftler*innen aus Europa in einem offenen Brief feststellten: Um die sozialen Probleme zu lösen, brauchen wir kein weiteres Wachstum. Was wir brauchen, ist eine gerechtere Verteilung der Einkommen und des Reichtums, den wir bereits haben. Es ist schon längst genug für alle da.

Das Grundeinkommen kann anfänglich auch aus der Besteuerung unökologischer bzw. klimaschädlicher Produktion und Konsumtion mitfinanziert werden. Deren Einnahmen werden allen Mitgliedern der Gesellschaft mit dem Grundeinkommen zurückerstattet. Dies bewirkt nicht nur die Drosselung klimaschädlicher Produktion, sondern auch eine Umverteilung von oben nach unten, da Reichere unökologischer konsumieren und für hohe klimaschädliche Emissionen verantwortlich sind. Ebenso eröffnet eine grundlegende Rückverteilung in den öffentlichen Haushalt große Spielräume für öffentliche Investitionen in ökologisch nachhaltige Produktion und Dienstleistungen, bei der alle Gesellschaftsmitglieder zu Miteigentümer*innen werden: Überschüsse aus dieser Produktion würden dann ebenfalls zur Mitfinanzierung des Grundeinkommens genutzt. Die Miteigentümerschaft aller würde auch die demokratische Gestaltung der Produktion und Dienstleistungen durch alle Gesellschaftsmitglieder befördern.

In globaler Perspektive muss für den Aufbau von Grundeinkommenssystemen in den ärmeren Ländern eine (Rück-)Verteilung von reicheren Ländern und global agierenden Konzernen zu von diesen arm gemachten Ländern erfolgen – ebenso für den Aufbau einer

sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft und Wirtschaft in diesen Ländern.

Um eine große ökologische Wirkung zu erreichen, muss das Grundeinkommen mindestens die grundlegende Existenz und Teilhabe jeder und jedes Einzelnen in der jeweiligen Gesellschaft sichern. Nur dann kann die Zustimmung zur Ideologie des Wachstums und der individuelle ökonomische Zwang zur Erwerbsarbeit überwunden werden. Nur dann ist eine breite Zustimmung zu einem notwendigem Abschied von einer ökologisch desaströsen Produktion und Konsumtion zu erwarten. Nur dann können Ängste vor dem notwendigen Wandel minimiert und zugleich die Vorzüge einer ökologisch und sozial nachhaltigen Produktion und Lebensweise antizipierbar gemacht werden.

Nur wenn das Grundeinkommen allen die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, ermöglicht es auch wirtschaftliche und politische Freiheit, die wiederum zur demokratischen Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten durch die Menschen führen wird. Denn der politische Druck zu Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen, seien sie noch so ökologisch desaströs, wird stark abgeschwächt.

Nur wenn das Grundeinkommen allen Menschen die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe absichert, ist eine breite demokratische Beteiligung aller bei der Gestaltung der sozialökologischen Transformation möglich.

Nur wenn das Grundeinkommen die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, ermöglicht es allen Erwerbstätigen auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung bzw. verhindert aus der Not geborene Arbeitszeitverlängerung. Mit einem Grundeinkommen, das die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe aller sichert, können alle jenseits individueller ökonomischer Notwendigkeiten vielfältigen, viel Zeit beanspruchenden und selbstbestimmten sozialen, sorgenden, kulturellen, künstlerischen und politischen Aktivitäten nachgehen. Denn eine sozialökologische Transformation zielt auf eine Vergesellschaftung jenseits eines ökologisch desaströsen Produktivismus und individuellen Konsumismus – und muss es auch.

Das Grundeinkommen ist *ein* notwendiger Bestandteil eines globalen, nationalen und regionalen policy mixes der sozialökologischen Transformation. Dazu gehören zum Beispiel der Aufbau einer ökologisch nachhaltigen und am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft

weltweit, die Entschuldung arm gemachter Länder, faire und demokratische globale Handels- und Finanzbeziehungen, der Aufbau öffentlicher und sozialer Infrastruktur und Dienstleistungen inkl. einer ausreichenden Gesundheitsversorgung für alle, die Emanzipation der Frauen, die Stärkung der Frauenrechte und die geschlechtergerechte Arbeitsteilung sowie die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in allen Bereichen. Dies und Weiteres sind notwendige Bestandteile einer sozialökologischen Transformation, auch einer Politik des Stopps des Klimawandels und der Überwindung der Klimakrise.

Alles das sind gute Gründe für ein Zusammengehen von Grundeinkommensbewegung, ökologischer, feministischer Bewegung und anderer sozialer Bewegungen. Lasst uns gemeinsam streiten für eine Welt, in der alle Menschen ein gutes Leben auf einem gesunden Planeten führen können.

“The dominant economic model is destabilizing societies. And the planet.

It is time for change.” <https://www.earth4all.life/>

It is time for a basic income, too!

März 2024

Kontakt: Ronald Blaschke, blaschke@grundeinkommen.de

Das Memorandum wird unterstützt durch folgende Personen, Organisationen und Netzwerke

Mitglieder von BIEN (Basic Income Earth Network)

Die Angaben zum Land, zur Organisation und Funktion dienen lediglich der Information

Min Geum

(Korea, Head of the Institute for Political & Economic Alternatives, Member of the board of the Basic Income Korean Network)

Dr. Sarath Davala

(India, Chair of the Executive Committee of BIEN)

Olaf Michael Ostertag

(Germany, Member of the Executive Committee of BIEN)

Klaus Sambor

(Austria, Member of the Round Table Basic Income, of the Network Basic Income and Social Cohesion and of the Attac-group Basic Income)

Dr. Gabriela Cabaña

(Chile, Department of Anthropology, London School of Economics and Political Science)

Dr. Rafael Pinilla

(Spain)

Rev. Dr. Claudia Haarmann

(Southern Africa)

Rev. Dr. Dirk Haarmann

(Southern Africa)

Prof. Dr. Jason Burke Murphy

(United States of America, Department of Philosophy, Elms College)

Prof. em. Jan Otto Andersson

(Finland)

Reinhard Huss

(United Kingdom)

Prof. em. Richard Parncutt

(Austria)

Laura Bannister

(United Kingdom, Executive Director of Equal Right – Economic justice without borders)

Prof. Dr. Daniel Raventós

(Spain, President of the Network Basic Income)

Prof. Dr. Toru Yamamori

(Japan, Dōshisha University, University of Cambridge)

Prof. Dr. David Casassas

(Spain, University Barcelona, Vice-President of the Network Basic Income, Member of the International Advisory Board of BIEN)

Györgyi Szentpéteri

(Hungary, Chairman of the First Hungarian Unconditional Basic Income Association)

Zita Stockwell-Szabadka

(Hungary, Vice-Chairman of the First Hungarian Unconditional Basic Income Association)

Lohnné Éva Dobos

(Hungary, Member of the board of the First Hungarian Unconditional Basic Income Association)

Evamaria Langer-Dombrady

(Hungary, Secretary, Coordinator and Founder of the First Hungarian Unconditional Basic Income Association)

Andere Personen

Die Angaben zum Land, zur Organisation und Funktion dienen lediglich der Information

Ronald Blaschke

(Germany, Co-Founder and Member of the board of the Network Basic Income, Co-Founder and Member of the Unconditional Basic Income – European Initiative and of the Unconditional Basic Income Europe)

Ángel Bravo

(Spain, Member of Humanists for an Universal Basic Income)

Dr. Ulrich Schachtschneider

(Germany, Member of the board of the Unconditional Basic Income Europe)

Berta Lago

(Spain, Coordinator of the Basic Income Observatory of Attac, Member of the board of the Network Basic Income)

Branko Gerlič
(Slovenia)

Isobel Frye
(South Africa, Executive Director of the Social Policy Initiative)

Sepp Kusstatscher
(Italy)

Rufino Fernandez Comendador
(Spain, Member of Humanists for an Universal Basic Income)

Leopoldo del Prado
(Spain, Member of Humanists for an Universal Basic Income)

Aija Lasmane
(Latvia, Member of Unconditional Basic Income – European Initiative,
Chairman of the board of the Association "Vecdaugavieši")

Dzidra Lasmane
(Latvia)

Uldis Lasmanis
(Latvia)

Ilze Brinkmane
(Latvia, Member of the board of the Association "Vecdaugavieši")

Tatjana Krivenkova
(Latvia)

Inta Čiekure
(Latvia)

Viveta Kreizer
(Germany)

Anita Ļustika
(Latvia)

Alberts Ļustiks
(Latvia)

Michele Gianella
(Italy)

Partnerorganisationen von BIEN



Network Basic Income, Germany



Basic Income Korean Network



Network Basic Income and Social Cohesion – B.I.E.N. Austria



Basic Income Network Italy



The First Hungarian Unconditional Basic Income Association



Association Basic Income, Netherlands



India Network for Basic Income



Social Policy Initiative, South Africa



EQUAL RIGHT
ECONOMIC JUSTICE WITHOUT BORDERS

Equal Right, United Kingdom



Basic Income Network (Spain)

BIEN Japan



MOUVEMENT FRANÇAIS
POUR UN REVENU DE BASE

French Movement of Basic Income

Andere Organisationen und Netzwerke

**UNCONDITIONAL
BASIC INCOME**
EUROPEAN INITIATIVE

Unconditional Basic Income
European Initiative



Institute for Political & Economic
Alternatives, Korea



Basic Society, Korea



Humanists for an Universal Basic Income,
Spain



Round Table Unconditional Basic Income,
Austria



Basic Income Attac, Austria



Netherlands Network Basic Income



Attac Germany, Working group Enough
for all



Association The Basic Income,
Austria



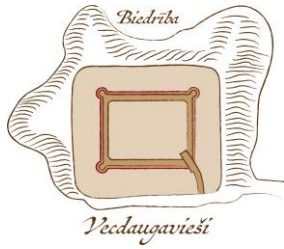
Basic Income Party, Korea



Peace Academy Linz, Austria



Eureka, Network of Activists for
Unconditional Basic Income, Spain



Association Vecdaugavieši, Latvia



Pirate Party, Germany

LabourNet Germany



Labournet Germany



Alliance Basic Income, Germany



Trade Union Dialogue Basic Income, Germany



Initiative Group Unconditional Basic Income Rhein-Main, Germany



Thuringian for Basic Income, Germany



UBI Lab Leeds, United Kingdom



Association Unconditional Basic Income Harz/Magdeburg, Germany



Collective Ecology and Peace, Spain



Basic Income Observatory, Attac Spain

Quellen

Earth for All. A Survivalguide for humanity. Report to the Club of Rom.

<https://www.earth4all.life/> (book 2022, video and so on)

238 academics call on the European Union and its member states to plan for a post-growth future

english: The Guardian: The EU needs a stability and wellbeing pact, not more growth. 238 academics call on the European Union and its member states to plan for a post-growth future in which

human and ecological wellbeing is prioritised.

<https://www.theguardian.com/politics/2018/sep/16/the-eu-needs-a-stability-and-wellbeing-pact-not-more-growth> (2018)

deutsch: der Freitag: Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum beenden!

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/abhaengigkeit-vom-wirtschaftswachstum-beenden> (2018)

français: [Libération](https://www.liberation.fr/debats/2018/09/16/europe-ne-plus-dependre-de-la-croissance): Europe : ne plus dépendre de la croissance.

<https://www.liberation.fr/debats/2018/09/16/europe-ne-plus-dependre-de-la-croissance> 1679117 (2018)

Kontakt: Ronald Blaschke

blaschke@grundeinkommen.de